

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 01.02.2006**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Stv. Wansner bis 18.30 Uhr, danach Stv. Tollebeek bis 20.30 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 36/05 NÖ

(Drucksachenband 104)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 40/05

(Drucksachenband 105)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 44/05, 44/05 NÖ, 02/06

(Drucksachenband 106)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 04/06 NÖ, 06/06

(Drucksachenband 106)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung

0001 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Die Punkte 3, 11, 11.1. und 18 bis 20 werden nicht öffentlich behandelt.

0002 05-A-19-0001 Prüfgruppe EDV-Projekte Stadtverwaltung

Das Protokoll über die Prüfgruppensitzung wird in der Sitzung verteilt.

Es entsteht eine Diskussion darüber, ob der Ausschuss dem zukünftigen Revisionsausschuss eine Empfehlung zum Weiterbestand der EDV-Prüfgruppe nach der Kommunalwahl geben soll oder nicht.

Die Fraktionen von SPD und Grünen vertreten die Auffassung, dass eine Empfehlung durchaus abgegeben werden sollte. Dabei soll das Recht des neu zu bildenden Revisionsausschuss auf eine eigene Entscheidung nicht beeinträchtigt werden.

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion vertritt dagegen die Auffassung, dass eine Empfehlung nicht nötig ist.

Der Ausschuss gibt eine Empfehlung an den neu zu bildenden Ausschuss dergestalt ab, dass der neue Ausschuss auf jeden Fall die Betreuung des EDV- bzw. IT-Bereichs weiter übernehmen sollte.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Sollte die Arbeit nicht im Ausschuss direkt geleistet werden können, wird empfohlen, die EDV-Prüfgruppe erneut einzurichten.

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion enthält sich der Stimme aufgrund der vorgenannten Empfehlung.

Enth. CDU (wegen EDV-PG)

0003 **05-V-05-0014**
Entstehung eines Betriebes gewerblicher Art durch Abschluss eines Unter-Leasingvertrages für die Datenverarbeitungs-Endgeräte

einstimmig

0004 **05-V-05-0009**
Auslieferung von Flachbildschirmen (TFT-Monitore) im Zuge des Regelaustauschs von IT-Endgeräten

einstimmig

0005 **05-A-19-0005**
Prüfung der Jahresrechnung 2003 – Ergebnis der Prüfgruppenarbeit

Zu Beginn der Sitzung werden Beschlussempfehlungen sowohl zu diesem Punkt, als auch zur Prüfung der Jahresrechnung verteilt.

Stv. Bayer wird durch den Revisionsausschuss zum Berichterstatter ernannt.

Der in der letzten Sitzung der Prüfgruppe angeforderte Bericht zum Versicherungswesen liegt den Ausschussmitgliedern zu Sitzungsbeginn vor.

Der Bericht des Hochbauamtes zur Darstellung der Prozessabläufe bei der Rechnungsbearbeitung ist nicht eingegangen und wird vom Magistrat unverzüglich nachgefordert. Die Beratung hierzu erfolgt unter dem Punkt "Projektsteuerung von Hochbaumaßnahmen" (s. Beschluss Nr. 0018).

einstimmig

0006 **05-V-14-0002**
Prüfung der Jahresrechnung 2003

Die Beschlussfassung erfolgt aufgrund der Empfehlung der Prüfgruppe; die Entlastung des Magistrats wird vorgeschlagen.

einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0007 04-A-19-0009
Versicherungswesen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Dieser Punkt, der den Ausschuss seit Jahren begleitet, war auch Thema bei der Prüfung der Jahresrechnung.

Der im Rahmen der Prüftätigkeit erbetene Zwischenbericht zum Projektstand bzw. zur Terminplanung liegt vor. Insofern ist der Teilbereich Versicherungswesen für die Prüfung der Jahresrechnung erledigt.

Der Ausschuss wird das Versicherungswesen als solches weiter begleiten und der Magistrat wird gebeten, den Ausschuss unaufgefordert über die Entwicklung zu unterrichten.

einstimmig

0031 06-V-67-0003
Wirtschaftlicher Versicherungsschutz

s. dazu den vorstehenden Beschluss

einstimmig

0008 05-V-20-0052
Anbau von Gemeinschaftsräumen an die Sporthalle der Theodor-Fliedner-Schule;
Genehmigung von Mehrkosten

Dieser Punkt wird in Teilbereichen nicht öffentlich diskutiert.

Im öffentlichen Teil wird Klage darüber geführt, dass für diese Hochbaumaßnahme nicht nur eine Vielzahl von Ämtern zuständig war und sozusagen ohne wirkliche Kooperation und gegenseitige Information Aufträge erteilt wurden, sondern dass ursprünglich dadurch Geld gespart werden sollte, dass Dinge in Eigenleistung erbracht werden. Dies hat aber nur zu größerer Verwirrung beigetragen. Hinzu kam, dass das Projekt im Laufe der Zeit 7 Konkurse zu verkraften hatte.

Im nicht öffentlichen Teil wird diskutiert, dass durch die Beauftragung eines Architekten, der schon bei anderen Projekten durch eine gewisse Unfähigkeit aufgefallen war, die Situation verschärft wurde. Es wurde z.B. um 18 Zentimeter Breite bei den Räumen falsch gemessen bzw. geplant. Dies fiel nicht auf, sondern es wurde im Gegenteil die Decke aufgrund der falschen Berechnung auch falsch bestellt und geliefert. Es wurde unter anderem der Einbau eines Aufzuges vergessen, der Anschluss der Lüftungsschächte vertauscht, so dass die verbrauchte Luft nicht nach außen, sondern in die Räume geleitet wurde usw..

Herr Güney (Leiter Hochbauamt) betont zwar, dass es sich um ein sog. Montagsprojekt gehandelt hat und sicher nicht noch einmal eine solche Häufung von Mängeln zu erwarten ist.

Stv. Tollebeek, Wieltsh und Dr. Goßmann weisen aber darauf hin, dass es eine lange Tradition von missglückten Projekten im Hochbaubereich gäbe. Und hinzu käme noch, dass die

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

unvorhergesehenen Kostensteigerungen ebenfalls Steigerungen bei den Architektenhonoraren nach sich ziehen.

Außerdem wird von Stv. Tollebeek die Meinung vertreten, dass der Aufwand, der bei Baumaßnahmen in Wiesbaden betrieben wird, wesentlich größer ist als z.B. in Mainz.

Im Ausschuss besteht Einigkeit darüber, dass weder an den Architekten noch an andere beauftragte Planern, Ingenieuren usw. über die bereits gezahlte Pauschale hinaus (90.000 €) bis zur notwendigen Klärung des Falles keinerlei weitere Zahlungen erfolgen dürfen bzw. keine weiteren Mittel mehr freigegeben werden dürfen.

Der Ausschuss beschließt außerdem, Herrn Oberbürgermeister Diehl zu bitten, die von ihm beauftragten Prüfberichte, die das Revisionsamt zu dem vorliegenden Fall bereits erstellt hat, dem Ausschuss vorzulegen.

einstimmig

0009 **05-V-20-0053**
Quartalsbericht 03/2005 Projekt interR

einstimmig

0010 **06-V-20-0001**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2005

einstimmig

0011 **05-V-07-0016**
Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben Personalbudget Dezernat VII in 2005

Vors. Wansner betont, dass die politisch gewollten Änderungen Personalkosten nach sich ziehen.

Der Ausschuss legt allerdings Wert darauf, rechtzeitig zu erfahren, wie die Personalkosten gedeckt werden sollen und beschließt einen entsprechenden Zusatz.

einstimmig

0012 **05-V-70-0016**
Wirtschaftsplan 2006 und 2007 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit hat die Vorlage bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Es entsteht eine Diskussion darüber, dass die Erstattung der Abwassergebühren nicht im Wirtschaftsplan erwähnt ist, dass die Verrohrung von Wellritz- und Kesselbach und die hierzu vom RP gemachten Auflagen berücksichtigt werden sollten und dass Fragen zu Verlustvorträgen auf 2006 geklärt werden müssen.

Die Diskussion darüber soll allerdings im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung geführt werden.

bei Stimmengleichheit abgelehnt

0013 **05-A-19-0003**
Verkehrssicherungsmaßnahmen auf öffentlichen Flächen

Die Projektleiterin, Frau Rubbel, berichtet dem Ausschuss mündlich, dass die Vorarbeiten zu dem Projekt umfangreicher als zunächst erwartet waren.

Man habe einen Musterkontrakt erstellt, der in der Sitzung vorgestellt werden sollte, aber wegen technischer Probleme nicht dargestellt werden konnte.

Der Bericht ist als Zwischenbericht zu verstehen.

Das Projektende ist für den Sommer 2006 vorgesehen.

Der Ausschuss wird über den Fortgang unterrichtet.

einstimmig

0014 **05-V-03-0003**
Schlussbericht der 91. Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem nachfolgenden Punkt.

einstimmig

0015 **04-V-20-0040**
Schlussbericht der 91. Vergleichenden Überörtlichen Prüfung "Konsolidierung der Großstädte"

Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

einstimmig

0016 **05-F-01-0097**
Rücklagen der LH Wiesbaden

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2005 -

Der Antrag ist durch den vorgelegten Bericht erledigt.

einstimmig

Den Vorsitz übernimmt um 18.30 Uhr Stv. Tollebeek.

0017 05-V-66-0316

Beschaffung von Natursteinen für die Fußgängerzone; HIER: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2005

Stv. Akasoy berichtet, dass ihre Fraktion aus der Baubranche heraus auf angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe des Auftrags angesprochen wurde. Die zur Sitzung eingereichten Unterlagen sind sehr umfangreich und konnten noch nicht durchgearbeitet werden.

Der Ausschuss hält es für sinnvoll, die Angelegenheit zu teilen. Für die förmliche Vergabe, die Vorschriften, die grundsätzlich für Auftragsvergaben bei der LHW maßgebend sind usw. ist der Revisionsausschuss der richtige Ausschuss.

Für alle Fachfragen in Bezug auf die Beschaffenheit der Natursteine usw. ist der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr der richtigere Ansprechpartner.

Die Aufteilung der Prüftätigkeit auf die beiden Ausschüsse wird ausdrücklich von St. Akasoy begrüßt.

Beide Ausschüsse werden sich in ihrer 1. Sitzung nach der Kommunalwahl mit der Angelegenheit befassen.

Zur Vorbereitung der Ausschusssitzungen wird der Magistrat gebeten, schriftlich detailliert über die Vergabevorschriften im Allgemeinen und die Vergabe des konkreten Auftrages zu berichten.

einstimmig

0018 05-A-19-0006

Projektsteuerung bei Hochbaumaßnahmen

Der Ausschuss ist sehr verwundert, dass zur heutigen Sitzung weder die angekündigte geänderte Sitzungsvorlage bzw. die neu zu erarbeitenden standardisierte Anlage zur Sitzungsvorlage vorliegt, noch ein Entwurf in der Sitzung vorgelegt wird.

Das Dezernat IV selbst hatte in der Prüfgruppensitzung im November 2005 den Vorschlag mitgetragen und unterstützt, Hochbaumaßnahmen als Projekt zu steuern und in einer geänderten Vorlage zu folgenden 4 Punkten Aussagen zu machen:

- wann mit der Baumaßnahme begonnen werden soll,
- wann das voraussichtliche Ende der Baumaßnahme liegt (best case),

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- welche Haushaltsmittel wann und in welcher Höhe benötigt werden und
- welche Verpflichtungsermächtigungen wann benötigt werden (ebenfalls mit Zeitfenster).

Herr Güney (Leiter Hochbauamt) begründet die Nichtvorlage zum einen mit der notwendig gewordenen Prüfung von Bauwerken, nachdem durch die Schneelast in Bad Reichenhall zu Jahresbeginn eine Eissporthalle eingestürzt war.

Die Vorlage sei erstellt. Sie bedürfe aber noch der Abstimmung mit den anderen Dezernaten.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) weist auf die zeitlichen Abläufe hin. Der Kämmerei sei die Vorlage am 17.01.2006 um ca. 14.30 Uhr zugegangen. Eine Stellungnahme, um noch die Magistratssitzung am 24.01.2006 zu erreichen, hätte bis 19.01.06 erstellt werden müssen. Dieser Vorlauf ist bei einer so umfangreichen Änderung nicht einzuhalten, da durch die Vorlage das geänderte Verfahren verbindlich festgelegt werden sollte.

Der Wunsch des Ausschusses war es, zu der heutigen Sitzung einen Entwurf dazu zu erhalten, wie eine geänderte Vorlage aussehen könnte.

Der Ausschuss geht fest davon aus, dass die geänderte Vorlage zur Sitzung im Mai vorliegt. Sollte dies nicht der Fall sein, behält es sich der Ausschuss vor, eine dauerhafte Prüfgruppe (ähnlich wie die EDV-Prüfgruppe) für Hochbauprojekte einzurichten.

Die Einführung von Projektsteuerung im Bereich Tiefbau, über die in der heutigen Sitzung gesprochen werden sollte, wird zunächst zurückgestellt.

Das Hochbauamt war desweiteren aufgefordert, die im Rahmen der Prüftätigkeit zur Prüfung der Jahresrechnung 2003 erbetene Darstellung der Prozessabläufe bei der Rechnungsbearbeitung in Form eines Ablaufplanes in der heutigen Sitzung vorzulegen.

Auch hierzu liegt nichts vor.

Der Ausschuss stimmt trotzdem der geplanten Entlastung des Magistrats zu und erwartet den Bericht zur nächsten Sitzung.

einstimmig

0019

05-F-06-0003

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Lage der Alten- und Pflegeheim GmbH und der Altenhilfe Wiesbaden GmbH

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 02.03.2005 -

Die Prüftätigkeit war nach der 1. Sitzung des Akteneinsichtsausschusses zum großen Teil beendet. Das Revisionsamt war gebeten worden, das testierte Jahresergebnis 2003 zu prüfen. Dies ist mittlerweile erfolgt. Der entsprechende Prüfbericht liegt in der heutigen Sitzung vor. Die Stadtv. wird über das abgeschlossene Verfahren in der kommenden Sitzung informiert.

einstimmig

0020

05-F-24-0004

Rechtsgutachten über die Kontrollrechte der Stadtverordnetenversammlung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.07.2005 -

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Eine schriftliche Stellungnahme von Dezernat Grella, ein Gutachten zu einem konkreten, noch nicht abgeschlossenen Fall bei der komm. Aufsichtsbehörde im Bedarfsfall einzuholen, von einem extern zu vergebenden Gutachten allgemeiner Art aber im Moment Abstand zu nehmen, liegt vor und wird so vom Ausschuss übernommen.

Die Angelegenheit hat zunächst ihre Erledigung gefunden.

einstimmig

0021 **04-V-11-5012**
Übernahme der "Dienstherreneigenschaft" des KGRZ Wiesbaden; Hier: Bericht des Dezernates

Beschlussfassung unter nachfolgendem Punkt

0022 **06-V-11-5003**
Übernahme der "Dienstherreneigenschaft" des KGRZ Wiesbaden - Zwischenbericht -

einstimmig

0023 **05-V-07-0002**
Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln zur Deckung des Personalbudgets Dezernat VII 2004

einstimmig

0024 **05-A-19-0004**
Offene Punkte

Die Liste wird zur Kenntnis genommen und entsprechend der heutigen Beschlussfassungen geändert.

einstimmig

0025 **05-F-02-0055**
Kommunales Forderungsmanagement
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.11.2005 -

einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0026 **05-V-51-0033**
Projekt Überleitung / Aufarbeitung von Sozialhilfeakten

Die Diskussion erfolgt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Betz (Amt für Soziale Arbeit) berichtet über das Projekt. In rd. 10.000 Akten seien Forderungen versteckt.

Es handelt sich um Forderungen in sog. übergeleiteten Akten (von BSHG nach Hartz IV). Hier sind ca. 4.000 Akten bearbeitet. In 2.400 dieser Fälle stehen Forderungen aus. Die Forderungen belaufen sich nominal auf ca. 4,6 Mio €. Tatsächlich eingenommen werden konnten 563.000 €. Die Personalkosten hierfür belaufen sich auf c. 350.000 €.

Er weist auf die unterschiedliche "Vorläufe" für ausstehende Forderungen hin. Sozialhilfe wird z.T. nur befristet gewährt. Ein entstehender Bedarf wird durch ein Darlehen überbrückt. Von dieser Möglichkeit ist zu häufig Gebrauch gemacht worden.

Eine gerichtliche Durchsetzung, um die ausstehenden Beträge zurückzufordern, ist in der Regel nicht möglich, da die Personen noch Leistungen erhalten.

Aus sog. Überzahlungen ist voraussichtlich ein Betrag in Höhe von ca. 700.000 bis 1 Mio € zurückzufordern.

Herr Betz rechnet damit, dass bis zum Jahresende das Projekt zum großen Teil abgeschlossen werden kann.

Die hohen Außenstände wurden schon vor Jahren von Seiten des Revisionsamtes bemängelt. Zum Teil war dies auf ein schlecht funktionierendes EDV-System zurückzuführen.

Herr Edel (Leiter des Revisionsamtes) weist darauf hin, dass im Schlussbericht zur Jahresrechnung 2003 unter der Rubrik "Aus der Prüftätigkeit" auf die Erfolge des Amtes für Soziale Arbeit hingewiesen wird.

Herr Löber (Revisionsamt) berichtet, dass es in der Zeit unter dem Vorsitz von Stv. Nickel zu Neuschaffungen von 3 Stellen im Sozialhilfebereich speziell für die Aufarbeit und die Prüfung von gezahlten Mieten gekommen ist. Diese Stellen sind aber im Laufe der Zeit wieder der normalen Sachbearbeitung zugeführt worden. Auch in diesem Bereich würden sich Stellen refinanzieren.

Herr Betz greift das Thema auf und weist darauf hin, dass von Seiten des Amtes für Soziale Arbeit es öfteren über die Refinanzierung von Stellen und spezielle Vorhaben aufmerksam gemacht worden sei. Die Vermerke usw. blieben jedoch wirkungslos. Erst als Dezernat III (Stadtkämmerer Dr. Müller) auf diesen Bereich aufmerksam wurde, wurde das Thema neu entdeckt.

Dem Ausschuss wird eine Übersicht über die Zahl der geprüften Fälle usw. vorgelegt.

einstimmig

0027 **05-V-82-0008**
Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt
Wiesbaden

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 01.02.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

einstimmig

0028 05-V-20-0046
Organbezüge bei städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe

einstimmig

0029 04-A-19-0004
Optimierung der Sachbearbeitung in Zahlstellen

einstimmig

0030 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden, . Februar 2006

Die Vorsitzende (bis 18.30 Uhr)

Der stellv. Vorsitzende (ab 18.30 Uhr)

Wansner

Tollebeek

Die Schriftführerin

Koba